



Protokollauszug

aus der
25. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
vom 18.05.2022

öffentlich

Top 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation die Entwicklung der Zuweisungen einschließlich Risiken in den Allgemeinen Finanzmitteln durch eine potentielle Änderung der Einwohnerveredlung, Steuern und Ergebnisse aus der Mai-Steuerschätzung sowie deren Prämissen und Risiken. Nachfragen thematisieren die Risiken aus Inflationssteigerungen und deren Berücksichtigung in der Planung.



Finanzausschuss

18. Mai 2022



TOP 3 – Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Ergebnishaushalt: Allgemeine Zuweisungen im Jahr 2022



Landeshauptstadt
Potsdam

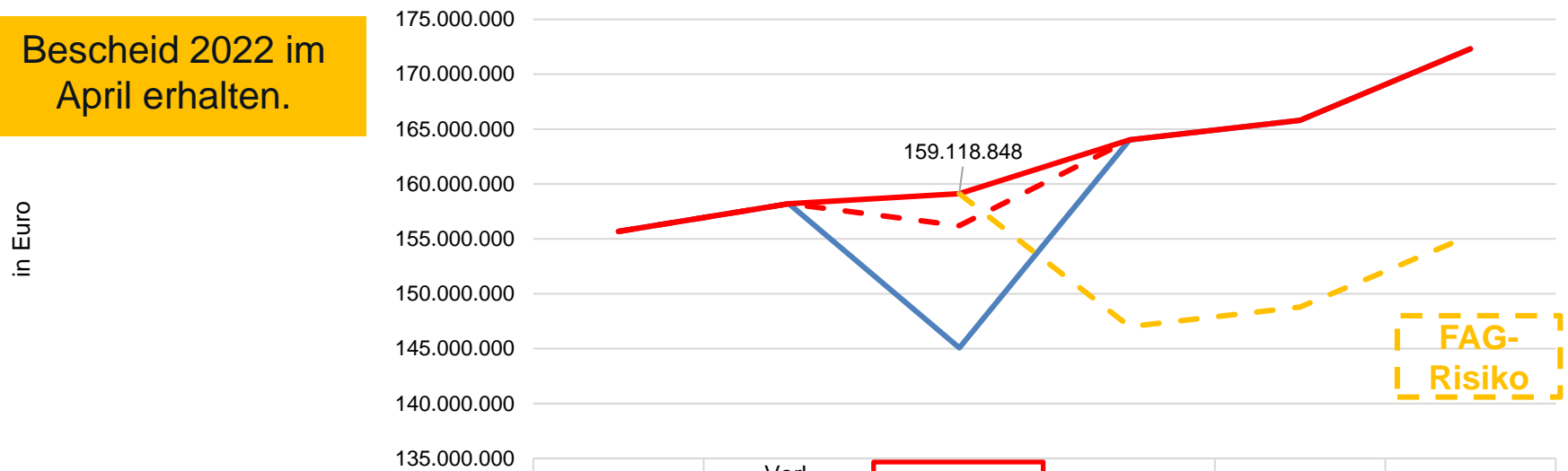
Zuweisungen von Bund und Land	Plan 2022	Ergebnis zum 30.04.2022	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Schlüsselzuweisungen vom Land	156.196.500	159.118.848	159.118.848	2.922.348
Familienleistungsausgleich	9.440.500	9.659.439	9.659.439	218.939
Zuweisung als Ausgleich übertragener Aufgaben	12.908.700	12.767.025	12.767.025	-141.675
Schullastenausgleich	7.981.100	1.993.224	7.972.896	-8.204
Leistungen 4. Gesetz für mod. Dienstleistungen	5.166.000	5.014.412	5.014.412	-151.588
Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG	9.982.800	9.689.860	9.689.860	-292.940
Jugendhilfelastenausgleich	1.300.000	1.249.600	1.249.600	-50.400
Ausgleich Steuermindereinnahmen Corona (z.B. bei Gewerbesteuerleinbruch)	2.826.400	0	0	-2.826.400
Summe (EUR)	205.802.000	199.492.408	205.472.080	-329.920

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen positiver als aus Abschlagszahlung erwartet



Der Bescheid 2022 zu den Allgemeinen Schlüsselzuweisungen liegt rd. 2,92 Mio. Euro über dem Haushaltsplan, der auf Basis der Mitteilung über die Abschlagszahlungen mit Risikoabschlägen ermittelt wurde.

Änderungen bei den Allgemeinen Schlüsselzuweisungen für 2022



	Plan 2021	Vorl. Ergebnis 2021	PE 2022	PE 2023	PE 2024	PE 2025
— SZW vom Land PE	155.676.800	158.204.331	145.070.500	164.014.600	165.794.600	172.309.800
- - SZW vom Land gem. Abschlagszahlung	155.676.800	158.204.331	156.196.500			
— SZW vom Land Bescheid	155.676.800	158.204.331	159.118.848	164.014.600	165.794.600	172.309.800
- - SZW -Risikobetrachtung (Einwohnerveredelung)				147.014.600	148.794.600	155.309.800

Achtung: Risiken im kommunalen Finanzausgleich

Erinnerung Ausblick: Risiken im kommunalen Finanzausgleich



- Ab 2023 droht weiterhin ein absoluter Verlust für Potsdam **von bis zu - 17 Mio. EUR/ - 94 EUR pro EW** (bei Zuweisungen von 132,3 Mio. EUR im Jahr 2021) → **mögliche Senkung nicht im HH-Entwurf berücksichtigt**
- Vorläufiger „Kompromiss“ Land mit StGB und Landkreistag: keine Absenkung der Verbundquote, **aber** Vorwegabzug für die Jahre 2022, 2023 und 2024
- Moratorium von einem Jahr: **Herabsetzung der Einwohnerveredelung der kreisfreien Städte** von 150 % auf **128 % (rechnerisch 138 %)** wird ein Jahr ausgesetzt
- Prognose der Auswirkungen des Vorwegabzugs auf die **LHP (im Entwurf berücksichtigt)**:
 - 2022 = **ca. - 5,4** Mio. EUR (davon **- 0,35** Invest)
 - 2023 = **ca. - 8,55** Mio. EUR (davon **-0,55** Invest)
 - 2024 = **ca. - 8,55** Mio. EUR (davon **-0,55** Invest)

ÜBERPRÜFUNG DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS IN BRANDENBURG ZUM AUSGLEICHSJAHR 2022

GUTACHTEN IM AUFTRAG DES
MINISTERIUMS DER FINANZEN UND FÜR EUROPA DES LANDES BRANDENBURG

Endfassung
Leipzig, März 2021

Prof. Dr. Thomas Lenk

Veröffentlicht am 14. April 2021

Update: Risiken im FAG - Forderungen StGB Brandenburg



Forderungen StGB Brandenburg

- **Mit Land einvernehmliche Fortschreibung der aktuellen Regelung für die Jahre 2023/24**
- **Distanzierung des Landes von den Gutachtenempfehlungen, da:**
 - Veränderter Rahmenbedingungen durch die Pandemie
 - Entwicklungsprognose Landeseinnahmen positiver als Kommunen
→ keine Absenkung der Verbundquote
 - Schwächen in der Herleitung der horizontalen Verteilung zwischen den Kommunen
- **Stärkung der Investitionspauschalen für Kommunen → Landesziel „Jahrzehnt der Investitionen“** (z.B. Finanzierung durch nicht benötigte Mittel des kommunaler Rettungsschirms)

ÜBERPRÜFUNG DES
KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS
IN BRANDENBURG
ZUM AUSGLEICHSJAHR 2022

Empfehlung durch FAG-Beirat
noch ausstehend.

Endfassung

Leipzig, März 2021

Prof. Dr. Thomas Lenk

Veröffentlicht am 14. April 2021

Überprüfung Kostenerstattung übertragener Aufgaben § 24 BbgFAG



- Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg (MdFE) kündigt eine Überprüfung des Aufgabenbestandes bei der Kostenerstattung für übertragene Aufgaben gemäß § 24 BbgFAG an.
- Ansatz: Städte- und Gemeindebund Brandenburg und Landkreistag bitten aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges das Überprüfungsverfahren auszusetzen.
- Einordnung: Planansatz LHP im Jahr 2022 sind 12,9 Mio. EUR

Ergebnishaushalt: Steueraufkommen 2022 (in EUR)



Landeshauptstadt
Potsdam

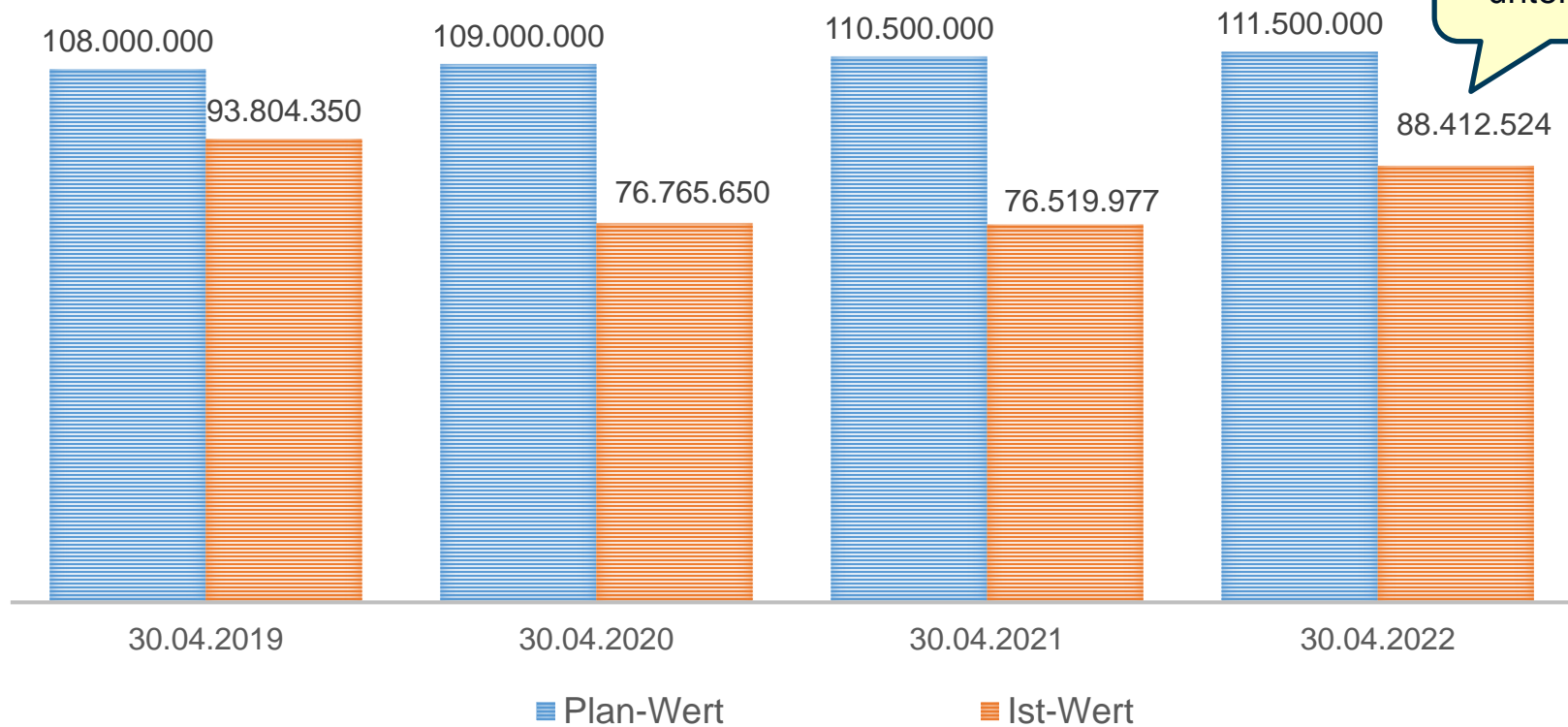
Monatsvergleich der wichtigsten Erträge u. Aufwendungen	Plan 2022	Ergebnis zum 30.04.2022	Differenz Ergebnis-Plan	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Grundsteuer	23.826.000	23.009.952	-816.048	23.826.000	0
Gewerbesteuer (brutto)	111.500.000	88.412.524	-23.087.476	111.500.000	0
Gewerbesteuerumlage	-8.440.000	-1.905.741	6.534.259	-8.440.000	0
Gewerbesteuer (netto)	103.060.000	86.506.783	-16.553.217	103.060.000	0
Einkommensteuer*	89.000.000	23.733.539	-65.266.461	89.000.000	0
Umsatzsteuer*	17.300.000	4.913.103	-12.386.897	17.300.000	0
sonstige Steuern	3.156.000	2.237.492	-918.508	3.156.000	0
Erstattungszinsen	-965.000	-5.825	959.175	-965.000	0
Nachzahlungszinsen	1.500.000	23.404	-1.476.596	1.500.000	0
Spielbankabgabe	240.000	0	-240.000	240.000	0
Verspätungszuschläge	5.000	18.970	13.970	18.970	13.970
Summe (EUR)	237.122.000	140.437.418	-96.684.582	237.135.970	13.970

* Stand: Mitteilung über Abschläge für das I. Quartal vom 7. und 25.04.2022

Entwicklung des Gewerbesteuerertrags im Vergleich zu den Planwerten – jeweils zum 30. April



Gewerbesteuerertrag (brutto, in EUR)*



* Produkt 6110200.4013100 in EUR (Brutto = ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage)



Auswertung der Steuerschätzung Mai 2022

Arbeitskreis Steuerschätzung

162. Sitzung



Landeshauptstadt
Potsdam

Christian Lindner, Bundesfinanzminister anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen am 12.05.2022:

„Steuerschätzung ist Momentaufnahme in Zeiten hoher Unsicherheit“

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages in der Pressemitteilung vom 12.05.2022 zu den Ergebnissen der Steuerschätzung:

„Die Steuereinnahmen entwickeln sich weiterhin stabil – trotz der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist aber: Das prognostizierte Mehr an Steuereinnahmen steht nur auf dem Papier. Der Bund erwartet eine Inflationsrate von 6,1 Prozent für 2022. Gerade in den für Kommunen zentralen Bereichen wie der Bauwirtschaft oder der Energie liegen die Preissteigerungen noch deutlich höher. Die Inflation und steigende Kosten fressen die Zugewinne geradezu auf. Daher sinken real im Jahr 2022 die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden – anders als beim Bund.“

Finanzministerin Lange:

„Prognose bringt keine neuen Ausgabenspielräume“

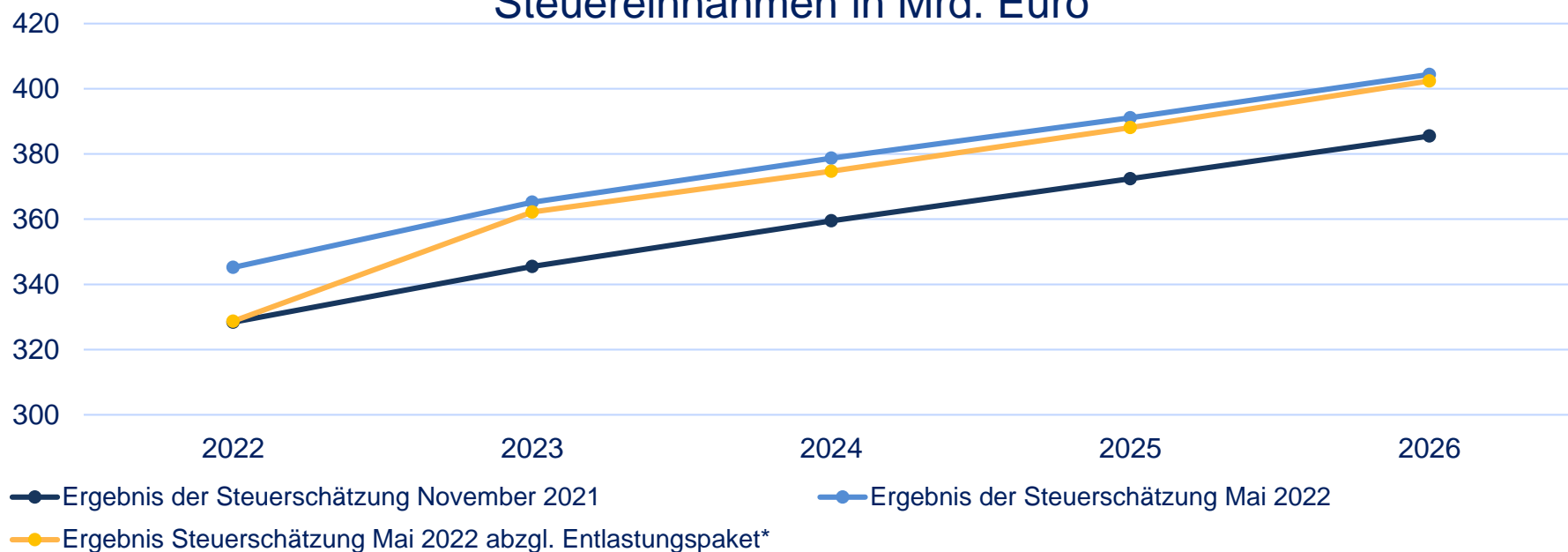
Schätzungsprämissen, u.a. :

- Frühjahrsprognose der Bundesregierung als Basis
- geltende Rechtsgrundlagen ohne wirtschaftliche Auswirkungen des Entlastungspakets und anderer im Gesetzgebungsverfahren befindlicher Vorhaben (z.B. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Steuerentlastungsgesetz)
- keine dramatischen Lieferkettenprobleme und wirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Auseinandersetzungen, keine erneuten Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Corona-Pandemie
- Keine Zinswende der EZB

Auswertung Steuerschätzung Mai 2022 - Bund



Steuereinnahmen in Mrd. Euro



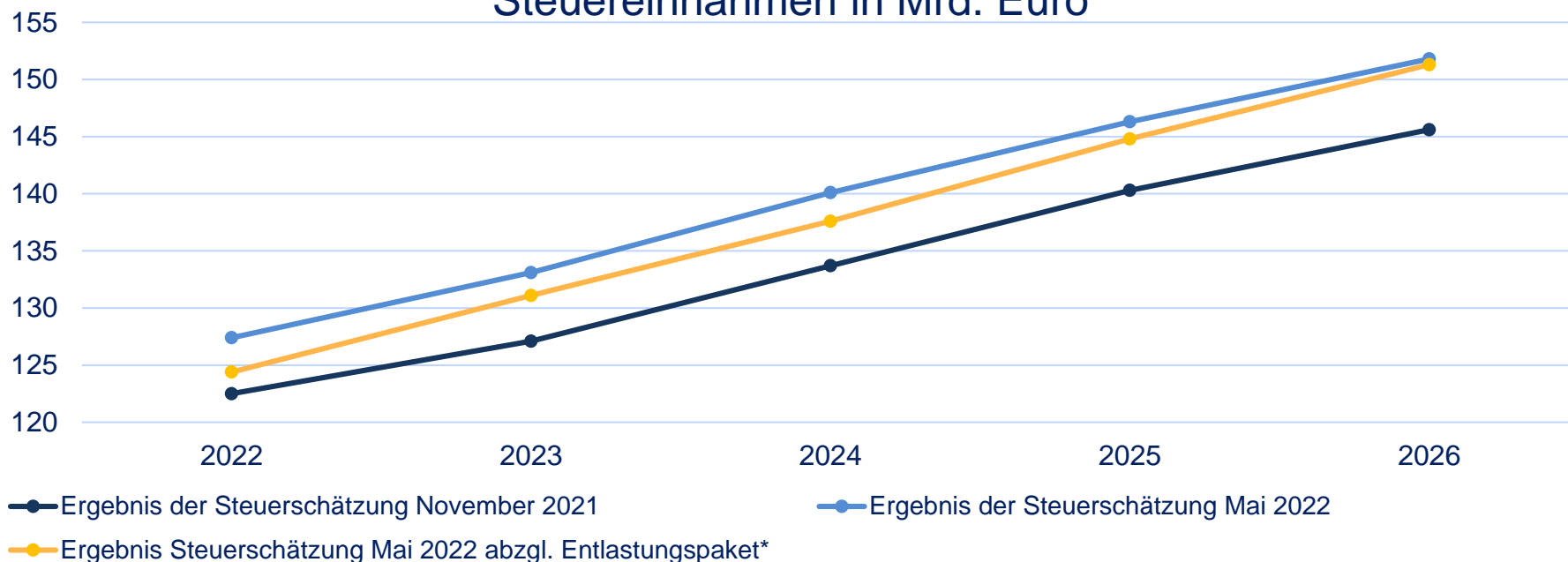
	In Mrd. €	2022	2023	2024	2025	2026
Steuerschätzung 11/2021		328,4	345,5	359,5	372,4	385,5
Steuerschätzung 05/2022		345,2	365,2	378,7	391,1	404,4
Aufwand Entlastungspaket*		-16,5	-3	-4	-3	-2
Steuerschätzung 05/2022 abzgl. Entlastungen		328,7	362,2	374,7	388,1	402,4

* Vorläufige summarische Quantifizierung der Entlastung noch nicht abgeschlossener Gesetzgebungsverfahren, wie z.B. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Steuerentlastungsgesetz [Quelle: deutscher Städtetag]

Auswertung Steuerschätzung Mai 2022 – Gemeinden in Deutschland



Steuereinnahmen in Mrd. Euro



In Mrd. €	2022	2023	2024	2025	2026
Steuerschätzung 11/2021	122,5	127,1	133,7	140,3	145,6
Steuerschätzung 05/2022	127,4	133,1	140,1	146,3	151,8
Aufwand Entlastungspaket*	-3	-2	-2,5	-1,5	-0,5
Steuerschätzung 05/2022 abzgl. Entlastungen	124,4	131,1	137,6	144,8	151,3

* Vorläufige summarische Quantifizierung der Entlastung noch nicht abgeschlossener Gesetzgebungsverfahren, wie z.B. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Steuerentlastungsgesetz [Quelle: deutscher Städtetag]

- Steuerprognose für Bund und Länder deutlich progressiver als auf Gemeindeebene – Feststellung: tatsächliche Auswirkungen für LHP erst nach Auswertung der Regionalisierungsergebnisse möglich.
- Anlässlich der Haushaltsplanung 2022 (SVV-Beschluss vom 26.01.2022) wurde aufgrund regionaler Entwicklungen und Erfahrungen bei der LHP bereits eine erhöhte Quantifizierung der Steuereinnahmen im Vergleich zur Steuerschätzung November 2021 angenommen.
- Bereits berücksichtigte regionale Besonderheiten zeigen sich jetzt anhand der in der Mai-Steuerschätzung 2022 aufgezeigten Prämissen in einer stabileren Arbeitsmarktentwicklung (GA Einkommensteuer) und konstantem Konsumverhalten (GA Umsatzsteuer).
- Grundsätzlich keine Verschlechterung der steuerlichen Einnahmesituation für die Haushaltsplanung 2023/2024 zu erwarten.

Auswertung Steuerschätzung Mai 2022 - LHP



Landeshauptstadt
Potsdam

Zusammenfassung:

- „Der Arbeitskreis Steuerschätzungen erwartet für die **Städte und Gemeinden** eine **Steigerung ihrer Steuereinnahmen** um **0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr**.
- eine Inflationsrate von **6,1 Prozent für 2022**.
- **Real sinkende Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden im Jahr 2022** – anders als beim Bund.
- Risiken in der Schätzung, die nicht berücksichtigt wurden:
 - Möglichkeit der Lieferunterbrechungen beim Erdgas,
 - weitere Lieferkettenproblematiken aufgrund der Corona-Lage in China.